

Gegen Zwang beim Umstieg

Energiepolitik Der CDU-Landesvorsitzende Thorsten Frei kritisiert die Vorgaben und staatliche Eingriffe: „Die E-Auto-Quote ist das falsche Signal für das Europa der Zukunft.“

Villingen-Schwenningen. Zum Vorschlag der EU-Kommission, bis 2030 bei den Kfz-Neuzulassungen eine Quote von 15 Prozent für Elektro- und Hybridantriebe zu erreichen, erklärt der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Thorsten Frei in einer Pressemitteilung: „Anreize für den Ausbau der Elektromobilität und insbesondere der Lade-netze zu setzen, ist absolut richtig. Verpflichtende Quoten für die Hersteller der Fahrzeuge vorzuschreiben, ist das blanke Gegenteil.“

Zwar sei die Elektromobilität unbestritten das Thema der Zukunft für die Automobilhersteller, ihre Zulieferer und natürlich auch für die individuelle Mobilität der Menschen. Dennoch sei es falsch, wie China auf Planwirtschaft zu setzen. Überzeugender sind die Marktmechanismen An-

gebot und Nachfrage. Frei meint, dass er überzeugt ist, dass unsere Marktwirtschaft auch in diesem Falle besser nicht durch staatliche Eingriffe fehlgeleitet werden sollte. Sofern Preise und Reichweiten sowie die Ladeinfrastruktur stimmen, werden die Menschen ihr Kaufverhalten von selbst ändern.

Keine Gängelung

Bis dahin dürfe man nicht vergessen, dass Elektroautos noch lange nicht die erhofften Heilsbringer sind. Heute brauche es eine Fahrleistung von etwa 80 000 Kilometer um umweltschädliche Effekte der Batterieproduktion gegenüber den Abgasbelastungen von Verbrennern aufzuwiegen. Dabei sei noch nicht einmal klar, ob die Batterien überhaupt diese Laufleistung in der breiten Fläche mitmachen oder ob vorher eine

zweite umweltschädliche Stromzelle eingesetzt werden muss. Ebenso stehe die Frage nach den Stromquellen, die heute weitgehend nicht aus erneuerbaren Energien gespeist werden.

Die Zielrichtung stimmt, meint Frei. Der Zwang dahinter aber nicht. Hier solle jedes Land selbst entscheiden, in welcher Geschwindigkeit es voranschreiten will. Auch dies sei ein gewinnbringender Wettbewerb. Wörtlich heißt es in der Pressemitteilung: „Insofern gilt für mich, dass Entscheidungen rund um die Förderung der Elektromobilität nationale Angelegenheiten sind. Insbesondere da Europa größere und dringendere Herausforderungen zu meistern hat. Solche Regelungen jedoch fördern den Überdross der Bürger gegenüber einer bürokratischen Gängelung aus Brüssel.“